



Bern, 15. Oktober 2018

Nein zu Steuergeschenken für Grosskonzerne

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am 25. November 2018 stimmen wir im Kanton Bern über das Referendum zum revidierten Steuergesetz ab. Der GKB unterstützt dieses Referendum und bittet Euch, Nein zu stimmen. Warum?

Mit der Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen – von der nur grosse Konzerne im Kanton Bern profitieren – fehlen Kanton und Gemeinden mehr als 160 Millionen Franken jährlich.

Wir wissen aus Erfahrung: Steuersenkungen üben immer Druck aus auf den Service public. Besonders betroffen sind Bildung, Gesundheit und Soziales. Darauf sind viele von uns – ob als Arbeitnehmende oder als RentnerInnen – angewiesen. Viele dieser Dienstleistungen sind für uns nur im Rahmen eines solidarischen Gemeinwesens zugänglich.

Wir haben wegen Steuersenkungen und einer harten Sparpolitik in den letzten Jahren gravierende Einschnitte beim Service public hinnehmen müssen. Diese Steuerrevision setzt diese Politik der leeren Kassen fort und öffnet die Schere zwischen oben und unten weiter. Grösseren Gewinnen der grossen Unternehmen stehen grössere Löcher bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben gegenüber. Höhere Steuern für uns alle und drastische Sparmassnahmen sind die Folgen. Das bringt den Kanton Bern keinen Schritt voran und ist gefährlich für den sozialen Frieden.

Wir appelliere an Euch: Helft mit ungerechte und unnötige Steuergeschenke zu verhindern. Geht an die Urnen und stimmt Nein am 25. November 2018.

Mit solidarischen Grüssen



Präsident, Nationalrat

Mitglied GL, Grossrätin



Unsere Argumente gegen den Steuerbschiss

Nein zu Steuererhöhungen für Privatpersonen

Heute leisten Privatpersonen mit ihren Steuern 90 Prozent der kantonalen Steuereinnahmen. Wenn Grosskonzerne noch weniger Gewinnsteuern bezahlen, fehlen wichtige Einnahmen in der Gemeinde- und Kantonskasse. Zur Kasse gebeten werden immer die Kleinen – es drohen Steuererhöhungen für Privatpersonen sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Nein zu überrissenen Geschenken für Konzerne

Die Steuersenkungen für Konzerne mit den höchsten Gewinnen nützen nur wenigen Grossbetrieben. 85 Prozent der steuerpflichtigen Betriebe im Kanton Bern gehen leer aus. Die Drohung, dass gewinnstarke Unternehmen in Steuerparadiese abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen, ist blosser Angstmacherei und wurde in der Vergangenheit mehrfach widerlegt.

Nein zum Abbau des Service Public

Weniger Steuereinnahmen führen zum Abbau öffentlicher Leistungen. Ende 2017 hat der Kanton harte Leistungskürzungen in der Spitex, in der Bildung, im Jugend-, Alters- und Sozialbereich und bei Menschen mit Behinderung durchgesetzt. Leistungen, welche die Bevölkerung in den Städten wie auf dem Land dringend benötigt. Weitere Leistungskürzungen wären unausweichlich. Am härtesten trifft es ältere, pflegebedürftige Menschen und Kinder.

NEIN zu Steuerdumping

Zukunftsträchtige Unternehmen sind auf funktionierende Infrastrukturen, ein gutes Bildungssystem und qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu einer endlosen Abwärtsspirale und schadet der Bevölkerung wie auch den KMUs. Wohin diese Politik führt, zeigte zuletzt der Kanton Luzern, der Zwangsferien verordnen musste, weil er sein Lehrpersonal nicht bezahlen konnte.

Nein zu Mehrbelastung von Gemeinden

Aus Gemeindesicht ist die Steuergesetzrevision unverdaulich. 99 Prozent aller Berner Gemeinden sind von den Einnahmeausfällen betroffen. Die Steuerausfälle treffen auch viele kleine Gemeinden, die ohnehin schon jeden Franken umdrehen müssen. Einige Gemeinden würden mehr als 20 Prozent ihrer Einnahmen verlieren. In Ittigen würden 2.8 Millionen Franken in der Gemeindekasse fehlen, in Interlaken 1.3 Millionen und in Biel 6.2 Millionen. Die Folge wären unrenovierte Schulhäuser, geschlossene Sportplätze, Hallenbäder, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen.

NEIN zu verantwortungsloser Steuerpolitik

Wenn Grosskonzerne weniger Steuern auf hohe Gewinne bezahlen, leisten sie weniger an die Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben. Bereits heute ist der Beitrag der Unternehmen tief und steht in keinem Verhältnis zu den notwendigen Leistungen, welche die öffentliche Hand für sie in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, (Berufs-)Bildung, Verkehr und Erschliessung – alles wichtige Standortfaktoren – erbringt. Unternehmen sollen ihren Beitrag an die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben leisten. Nur so ist der Kanton Bern attraktiv für neue Unternehmen.

Kantonale Abstimmung «Änderung des Steuergesetzes» vom 25. November 2018

NEIN zum Steuergeschenk
für Grosskonzerne

www.finanzloch.ch